

Lambrecht ist (endlich) weg, aber Scholz muß seine Politik neu justieren

Von Peter Helmes

Kernforderung: Sachverstand, Motivation und Kommunikationsfähigkeit

Nein, man braucht der zurückgetretenen Selbstverteidigungsministerin wirklich keine Träne nachzuweinen. Selbstkritik oder Einsicht waren bei ihr stets absolute Fehlanzeigen – wie auch ihr (im wahrsten Sinne des Wortes) leeres Abschiedsstatement beweist. Aber eigentlich ist auch das egal. Sie geht, und das ist gut so. Schon in normalen Zeiten war diese Frau – und erst recht ihre Performance – nicht einfach zu ertragen gewesen. Aber in die derzeitigen besonders schwierigen Kriegsmonate paßte sie schon gar nicht. Sie war ein Fremdkörper im Korps – ohne Geist, Verstand und Empathie.

Der Vorsitzende des Bundeswehrverbands, Oberst André Wüstner, brachte es mit drei Begriffen auf einen leicht verständlichen Punkt: Er wünschte sich in einem Interview von dem Neuen im Verteidigungsministerium „Sachverstand, Motivation und Kommunikationsfähigkeit“. Das klingt gleichzeitig wie eine Auflistung der Lambrecht'schen Defizite.

Rückschlag für Scholz und SPD

Der Fall Lambrecht ist aber auch ein Fall SPD; denn als „*Partei des Friedens, des Internationalismus und der friedlichen Verständigung*“ – wie die Vorsitzende Saskia Esken die SPD etwas zu vollmundig nennt – hat die Sozialdemokratie trotz mancher verteidigungspolitischer Experten in den eigenen Reihen eine militärische Berührungsscheu entwickelt. SPD, Bundeswehr und Verteidigung waren – mit seltenen Ausnahmen (z.B. Georg Leber, Peter Struck) – nie eine inhaltliche Einheit. Die Sozialdemokraten fremdeln nach wie vor mit dem Ressort.

Und so kam es, wie es kommen mußte:

Lambrecht war den Herausforderungen, denen sich die Bundeswehr im Konflikt mit Russland gegenüber sieht, nicht gewachsen. Scholz mußte sich monatelang dafür entschuldigen, daß die militärisch-technische Hilfeleistung Deutschlands für die Ukraine geringer ausfiel als erforderlich. Eine Erklärung dafür war, daß man die Bundeswehr nicht ohne eigene Waffen zurücklassen könne. Denn die Lager der Bundeswehr sind, wie sich herausstellte, weniger umfangreich gefüllt als bisher angenommen.

Und mehr noch: Das Bundeskabinett hat ausgerechnet an der für Bundeskanzler Scholz sensibelsten Stelle einen Riß bekommen. Der Rücktritt Lambrechts löste fast eine mitten im Krieg in der Ukraine unpassende Regierungskrise aus, nachdem Scholz vor nur wenigen Monaten eine historische Aufrüstung Deutschlands angekündigt hatte.

Der Rücktritt der Ministerin ist deshalb ein herber Rückschlag für Scholz, dem eine nur lauwarmer militärischer Unterstützung Kiews vorgeworfen wird. Jetzt kommt er unter Druck, die Lieferung von Kampfpanzern aus Deutschland, die in 13 europäischen Armeen im Einsatz sind, zu genehmigen. Für Ausreden ist es jetzt zu spät (siehe nächsten Absatz).

Ängstlichkeit in der Panzerfrage

Der Kanzler fürchtet, daß die Lieferung von Offensivwaffen von Russland als Rechtfertigung für eine Eskalation angesehen werden und dies zu einer direkten Konfrontation mit der NATO und sogar zum Einsatz von Atomwaffen führen könnte. Doch wenn man Putin erlaubt, mit

seinen Drohungen die Grenzen der westlichen Unterstützung für die Ukraine zu bestimmen, besteht die Gefahr einer Selbstentmannung Deutschlands und seiner NATO-Verbündeten.

Moderne schwere Panzer aus westlicher Produktion könnten die Schlagkraft der Ukrainer erheblich steigern und ihnen ermöglichen, Teile ihrer von Russland besetzten Gebiete zurückzuerobern. Großbritannien hat bereits angekündigt, daß es eine unbestimmte Anzahl seiner Challenger-2-Kampfpanzer in die Ukraine schicken will. Die USA sollten sich anschließen.

Die Entsendung von Panzern würde Moskau auch zeigen, daß die USA trotz der kriegsskeptischen Republikaner im Repräsentantenhaus fest an der Seite Kiews stehen. Der Krieg wird in diesem Jahr nur dann zu einem Ende kommen können, wenn die Ukraine zuvor mit den notwendigen Waffen ausgestattet wurde, um einen Frieden zu erzwingen

Das aktuelle Kriegsgeschehen in der Ukraine und der russische Raketenangriff auf Dnipro mit dem Beschuß eines Wohnhauses zeigen erneut, daß sich das russische Militär nicht an das Völkerrecht hält. Aber egal wie oft Russland derartige Angriffe auch wiederholt, zu Geländegewinnen werden sie ebenso wenig führen, wie zu einer Demoralisierung der Ukrainer und ihrer Soldaten. Im Gegenteil: Dadurch wird vielmehr der Haß der Ukrainer auf Russland weiter verstärkt. Die Raketenangriffe sind Verzweiflungstaten des Kremls, weil die Russen an der Front nicht weiterkommen. Sie sind Verbrechen, die so schnell wie möglich gestoppt werden müssen.

Eine Konsequenz aus Russlands Überfall auf die Ukraine sind die NATO-Beitrittsgesuche von Finnland und Schweden. Schwedens Aufnahme in das Bündnis wird aber weiterhin vom türkischen Präsidenten Erdogan blockiert, weil sich das Land weigert, von Erdogan als Terroristen bezeichnete Personen an Ankara auszuliefern.

Der schwedische Premier Ulf Kristersson hat inzwischen jedoch klargestellt, daß Schweden wie auch Finnland ihre Zugeständnisse erfüllt haben, auf die man sich im letzten Sommer in Madrid mit der Türkei geeinigt hat. Jetzt ist Erdogan an der Reihe. Aber es fällt schwer zu glauben, daß es Erdogan am Ende auf die Auslieferung seiner Gegner ankommt. Der NATO-Beitritt Finnlands und Schwedens hängt letztlich von der Lieferung von Kampfjets aus den USA für die Türkei ab. Ankara will die Jets, Washington aber hat der Türkei klargemacht, daß es seine Zustimmung zu dem Rüstungsgeschäft an die Ratifizierung des finnischen und schwedischen NATO-Beitritts knüpft.

Somit liegt der Ball wieder bei Erdogan.

17.01.2023